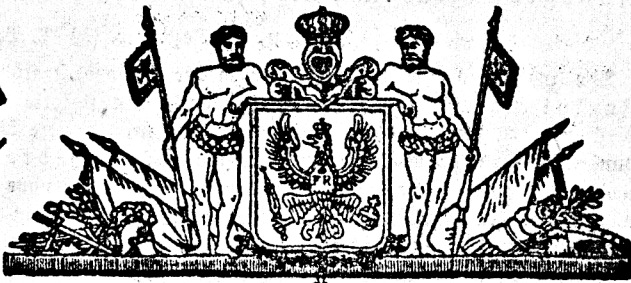


Wirtschaftliche



Zeitung

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Um die europäische Konferenz.

Das Programm von Cannes.

Zuziehung deutscher Sachverständiger. — Der Wiederaufbau Europas.

London, 24. Dezember.

In den gestrigen Besprechungen mit Mitgliedern der englischen Regierung haben teilgenommen: der Direktor der Bank von England Lord Rindersley, der ehemalige Munitionsminister Lord Inverford, der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigungen im Maschinenbau Sir Alan Smith, Bankdirektor Duley Docker und der Direktor mehrerer Bahnen und Elektrizitätsgesellschaften Pichens. Die gleichen Sachverständigen wurden im Hochsommer zu Rate gezogen, als Lloyd George während seines Aufenthaltes in Schottland in dringenden Fragen des Exporthandels und der Arbeitslosigkeit Aufschluß brauchte. Sie werden das von Lloyd George gewünschte Gutachten ausarbeiten und sich mit mehreren Mitgliedern der Regierung nächste Woche nach Paris begeben, um an den dortigen Beratungen der französischen Sachverständigen und der französischen Regierung teilzunehmen. Ihre Hauptaufgabe soll, wie ich höre, sein, sich nicht etwa auf die Reparationsfrage zu beschränken, sondern ein allgemeines Schema für den europäischen Wiederaufbau vorzubereiten. Dieses würde dann auf der Konferenz in Cannes in den Grundzügen durchgesprochen werden, bevor es einer allgemeinen europäischen Konferenz unterbreitet wird. „Daily Telegraph“ will wissen, daß Deutschland aufgefordert werden wird, Sachverständige nach Cannes zu entsenden, damit diese in der gleichen Weise mit Auskunft zur Verfügung stehen sollen wie Rathenau bei den letzten Londoner Besprechungen. Dagegen werde die Sowjetregierung bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten sein.

Paris, 24. Dezember.

Dem „Petit Parisien“ wird aus London gemeldet: Der Zusammentritt des Obersten Rates in Cannes sei nunmehr endgültig auf den 6. Januar festgesetzt. Briand werde sich aber bereits am 5. nach Cannes begeben, um vor Beginn der Sitzung noch mit Lloyd George zu sprechen. Es werde angenommen, daß die Sitzung des Obersten Rates selbst bis zum 12. Januar dauert. In diesem Zuge werde sie voraussichtlich in die Konferenz der Minister des Aeußeren übergeleitet, die die Frage des Nahen Ostens prüfen sollen.

Wie der Korrespondent des Blattes weiter betont, scheint man in englischen politischen Kreisen mehr und mehr davon überzeugt zu sein, daß der Oberste Rat für nächstes Frühjahr die geplante europäische Wirtschaftskonferenz einberufen wird. Lloyd George wünsche, daß dieser Wirtschaftskongreß hauptsächlich von Wirtschaftssachverständigen aller Länder besetzt werde. Er macht alle Anstrengungen, um den Triumph seiner Anschauungen zu sichern, und habe auf seine Weihnachtsferien verzichtet, um mit den englischen Finanzleuten bis zum nächsten Montag, an dem er an die Riviera reisen wird, in engster Fühlung zu bleiben.

Der „Matin“ sagt in einem Rückblick auf die Londoner Verhandlungen, Ende Januar müsse man einen Plan für den Wiederaufbau Europas haben, der von ganz Europa genehmigt werde. Diesem Plan werde ein genaues französisch-englisches Programm zugrunde liegen, das drei Punkte umfasse:

1. die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Wiederherstellung seiner Eisenbahnlinsen und seines Eisenbahnmateriale; dies sei eine Handels- und Finanzangelegenheit von großem Umfange, die politische Klugheit erfordere, wenn man nicht von der Sowjetregierung getäuscht oder durch die deutsche Mitarbeit überlistet werden wolle.
2. die Lösung der Frage der Wechselkurse,
3. bezüglich Deutschland besondere Maßnahmen für die strenge Beaufsichtigung der Zolleinnahmen, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Bankdeposits. Diese Kontrolle müsse mittelbar auf das deutsche Vermögen im Ausland ausgedehnt werden.

Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaues, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiederherstellung Deutschlands die Vorbedingung für die berechnete Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm erwarteten. Es müsse durch die Anstrengungen einer europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schulden mobilisiert werden und damit durch Anleihen den dringendsten Bedürfnissen der Nationen Genüge geleistet werden, die Frankreich für seine Kriegesopfer ungeheure Voranschüsse hätten leisten müssen.

Dem Ergebnis des Besuchs Briands in London kommt, wie die „Frankf. Stg.“ aus London erfährt, die größte Bedeutung

zu. Die beiden Premierminister einigten sich nach diesem Bericht vollständig, nicht nur in bezug auf das Prinzip, daß die Reparationsfrage als ein Teil des europäischen Wirtschaftsproblems auf friedlichem Wege durch Vereinbarungen mit Deutschland und innerhalb der Grenzen seiner vernünftig berechneten Zahlungsfähigkeit geregelt werden müsse, sondern es wurde vorbehaltlich der Zustimmung Italiens und Belgiens auch noch folgendes ins Auge gefaßt:

Deutschland zahlt anstatt der festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark für 1922 nur 500 Millionen in Bar in Raten bis zum 15. April. Hierin ist die Goldleistung für die Okkupationsarmee eingerechnet. Außerdem haben Sachleistungen wie bisher zu erfolgen. Ferner ist das Wiesbadener Abkommen zu erfüllen, das England im wesentlichen genehmigen wird. Außerdem bleibt die 26prozentige Auffrahgabe bestehen, welche unter den Sachleistungen rubriziert werden soll. Für die Berechnung des Wertes der Sachleistungen wird ein neuer Wertfuß gelten. Innerhalb der genannten Grenzen, welche die Verpflichtungen des gesamten kommenden Jahres regeln, ist die kritische Frage der Januarfälligkeit eingeschlossen.

Die Krise würde somit, nach der obigen Quelle, unter zwei Voraussetzungen gelöst sein: 1. die Vorbedingung, daß der Oberste Rat zustimmt, 2. die zweite, wichtigere Voraussetzung ist, daß Deutschland im Verlaufe der nahen Zukunft kein Haus in Ordnung bringt, wofür die bereits bekannten Forderungen gelten werden, welche zunächst eine administrative Einmischung vermeiden.

Die Opposition gegen Briand.

Drohmeldeung der „Wirtschaftlichen Zeitung“.

Paris, 24. Dezember.

Der frühere Finanzminister Klotz hat, wie gemeldet, eine Interpellation über die Reparationsfrage eingebracht und, obwohl Briand die Vertagung bis nach der Konferenz von Cannes forderte, verlangt, daß die Interpellation noch vor der Angelegenheit der Banque d'industrielle de Chine, die heute auf der Tagesordnung steht, zur Diskussion kommen soll. Klotz beabsichtigt, nach den Morgenblättern, der Kammer folgende Tagesordnung vorzulegen:

„Die Kammer rechnet darauf, daß die Regierung ohne Verzug den französischen Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission beauftragt, vor jeder anderen Prüfung folgende Bestimmungen des Vertrages von Versailles zur Ausführung zu bringen: 1. daß alle Einnahmen Deutschlands, einschließlich der zur Deckung der Zinsen der inneren Schuld zurückgestellten, zur Zahlung der Reparationen verwendet werden, 2. daß sie sich die Gewißheit darüber verschafft, daß das deutsche Steuersystem im Verhältnis ebenso schwer ist, wie das eines jeden der in der Reparationskommission vertretenen Länder, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.“

Die allgemeine Stimmung der Kammer ist, wie der „Petit Parisien“ mitteilt, einer Vertagung der Diskussion über die Interpellation Klotz günstig.

Die Finanzkommission des Senats hat gestern Briand über die vorgeschlagenen Streichungen im Budget gehört. Der Ministerpräsident hat auf Beibehaltung einer Reihe von Krediten für sein Ministerium bestanden, besonders auf Beibehaltung der Kredite für die Postbank beim Vatikan, indem er erklärte, er werde die Vertrauensfrage stellen, wenn die Kommission auf ihrer Ablehnung beharre. Trotz dieser Stellungnahme Briands hat die Kommission wiederum mit 14 gegen 12 Stimmen diese Kredite abgelehnt.

Die Diskussion des Budgets soll Montag beginnen. In dem Bericht, den der Berichterstatter Chéron dem Senat vorlegte, gibt er folgende Einzelheiten über den Stand der französischen Schuld: Ende 1918: 171 Milliarden Franken, Ende 1921: 328 Milliarden Franken unter Berücksichtigung der Kursdifferenzen. Die Erhöhungen der Schulden betragen 1919: 45 Milliarden, 1920: 35 Milliarden und 1921: 24 Milliarden. Ueber Deutschland führt Chéron aus, es habe keine wahren Anstrengungen gemacht, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Seine Schulden betragen am 1. Oktober 1921: 318 Milliarden Papiermark. Selbst unter Berücksichtigung des Koeffizienten der Leuerung sei die Steuerbelastung im einzelnen zu Beginn dieses Jahres nur 76,25 in Deutschland gegen 142,45 in Frankreich gewesen. Man müsse daher, schließt Chéron, jeden Gedanken eines Moratoriums oder sonstigen Aufschubs zurückweisen und gemeinsam in beiden Häusern des Parlaments darauf bestehen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle.

Nach einer Meldung aus Anzora hat die Nationalversammlung das Gesetz genehmigt, wonach für alle in Cilicien begangenen Vergehen Generalamnestie bewilligt wird.

Industrielle Ethik.

Von

Dr. Erwin Steiniger.

In der letzten Generalversammlung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg sind, wie unseren Lesern bereits bekannt ist, heftige Interessentenkämpfe ausgefochten worden. Eine Minderheit von Großaktionären wandte sich gegen die neue Wirtschaftspolitik des Unternehmens, die auf dem Gedanken des vertikalen Aufbaus, des trüfthaften Zusammenschlusses mit einem führenden Konzern der nichtbayerischen Schwerindustrie ruht. Die Opposition zog den kürzeren und der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Freiherr v. Cramer-Klett, der Sohn eines der Begründer der Gesellschaft, hat daraufhin seine Stellung niedergelegt. Freiherr v. Cramer-Klett begnügte sich nicht damit, seinen Rücktritt durch die Machtverschiebung, die in der Gesellschaft selbst vor sich gegangen ist, zu erklären; er benutzte die Gelegenheit zu einem allgemeinen Angriff gegen den Geist und die Methoden der norddeutschen (und westdeutschen) Industrie. Er führte aus, daß dieser Geist grob materialistisch und gewaltpolitisch sei, und daß er sich eng mit der Gewinnberühre, die die deutsche Politik vor dem Kriege beherrschte. Er deutete an, daß die Gewaltpolitik der Industrie, die nicht nur zu Hause, sondern auch im Auslande ihren moralisch unbedingten Eroberungsinstinkt folgte, an der Spolierung Deutschlands und an der Entwicklung, die zum Kriege führte, ebenso schuld sei, wie die Gewaltpolitik der Militärs, und daß sie auch den inneren Frieden zerstört und der Sozialdemokratie zu ihrem raschen Wachstum verholfen habe. Die Welt- und Lebensanschauung der süddeutschen Industrie sei anders; ihr gehe nicht Gewalt und rücksichtsloser Gelderwerb über alles. Sie habe, im Gegensatz zur norddeutschen, Verständnis für die hohe ethische, nationale und allgemeinwirtschaftliche Aufgabe, die das Unternehmertum erfüllen müsse. Je größer die Macht eines Unternehmers sei, um so größer auch seine Pflicht zum Dienste an der Allgemeinheit. Wer diese Pflicht vernachlässige, habe nicht das Recht zur Macht.

Herr v. Cramer-Klett hat recht, wenn er die ethische Aufgabe, die moralische Verantwortung des industriellen Führertums betont und die Notwendigkeit einer über das rein Privatwirtschaftliche hinausgehenden, einer gemeinwirtschaftlichen Einstellung hervorhebt. Er hat auch recht, wenn er darauf hinweist, daß sehr viele Unternehmer diesen ethischen und gemeinwirtschaftlichen Pflichten ihres Berufs bisher viel weniger Aufmerksamkeit zugewandt haben als den Erwägungen des geschäftlichen Egoismus und man kann und muß mit ihm der Ansicht sein, daß dieses Ueberwuchern des bloß Geschäftlichen auf die Dauer ein schlechtes Geschäft und eine Sünde gegen Staat und Allgemeinheit ist. Auch in den Vorwürfen, die er gegen die Auslandsbetätigung der deutschen Industrie und des deutschen Handels vor dem Kriege erhebt, steckt ohne Zweifel ein wahrer Kern. Der deutsche Verkäufer zeigte sich in fremden Ländern oft aufdringlich, plump und übergeschäftig; er sprach zu offen und bisweilen zu taktlos von seiner „Mission“, anderen eingeseffenen Konkurrenten die Märkte abzufragen. Das waren Emporfindungsfehler, natürliche Mängel eines raschen, vielleicht zu raschen Aufstiegs, der mit seinen für den Aufsteigenden selbst überraschenden Erfolgen zu forciertem Anstrengung und anspruchsvollem Auftreten reizte. Geschichtlich betrachtet war das überhastete Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung seit der Reichsgründung für Deutschland gewiß kein ungemessenes Glück. Aber der einzelne, der in diese Entwicklung hineingestellt war, hatte nur die Eigenschaften, die sie ihm gewissermaßen aufdrängte und man muß ihm auch zugute halten, daß, als er kam, die Welt kommerziell vertriebt war und daß er mit Anstrengung und mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit in fremde Sphären eindringen mußte, wenn er sich seinen Platz erkämpfen und behaupten wollte. Es ist gewiß richtig, daß die aggressive Energie, die der deutsche Industrielle und Kaufmann in der wilhelminischen Zeit entfaltete, die internationale Atmosphäre mitgeschaffen hat, in der es schließlich zum Kriege kam. Aber man darf auf der anderen Seite auch nicht vergessen, daß dieser außerordentliche Auftrieb das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auf eine verhältnismäßig hohe Stufe der Lebenshaltung hob und daß ihm der Eisenbau der industriellen Organisation zu danken ist, der nach allen Fertigkeiten des Krieges und nach allen Veraubungen des Friedens immer noch dasteht und auf dem in der Hauptsache die wirtschaftliche Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas ruht.

Dieser Auftrieb hat sich im Norden Deutschlands viel kräftiger geltend gemacht als im Süden, und deshalb sind — auch darin hat Herr von Cramer-Klett recht — seine Mängel und seine Schattenseiten hier viel weniger hervorgetreten als dort. Bayern ist auch heute noch ein viel mehr bäuerlich-kleinbürgerliches als industriekapitalistisches Land — und es fühlt sich ganz wohl dabei. Nur im Norden Bayerns, in den großen fränkischen Gewerbestädten ist der enge Zusammenhang mit der großen neu- und norddeutschen Industriebewegung hergestellt, und es ist kein Wunder, sondern eigentlich nur ein ganz natürlicher Prozeß, daß die wenigen industriellen Riesenerbe des Landes in immer engere Verbindung mit großen außerbayerischen Industriekräften ge-